

ULRICH BUSCH

# DIE DEUTSCHE WÄHRUNGSUNION AM 1. JULI 1990: BEDEUTUNG, VOLLZUG UND FOLGEN

## INITIAL FÜR DIE EINHEIT UND AUFTAKT FÜR EINE SCHOCKTHERAPIE

Die Einführung der D-Mark zum 1. Juli 1990 in der DDR galt als Initial für die deutsche Einheit. Zugleich bildete sie den Auftakt für die beispiellose Schocktherapie, welcher die ostdeutsche Wirtschaft im Transformations- und Vereinigungsprozess unterzogen wurde. Mit der Einbeziehung der DDR in den Geltungsbereich der D-Mark veränderten sich schlagartig der ordnungspolitische Rahmen und die Regulationsweise der gesamten Wirtschaftstätigkeit. An die Stelle der sozialistischen Planwirtschaft, deren Kohärenz stiftendes Element der staatliche Plan war und worin Geld und Finanzen lediglich als Instrumente der Planerfüllung und Kontrolle fungierten, trat die kapitalistische Markt- und Geldwirtschaft, deren Regulativ das Geld und deren wichtigste Institutionen Banken und Finanzmärkte sind.

Die Währungsunion stellte den ersten radikalen und zugleich entscheidenden Schritt beim Umbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Ostdeutschland dar. Sie leitete die markt- und geldwirtschaftliche Transformation ein, verlieh ihr den Charakter einer Schocktherapie und verknüpfte sie untrennbar mit dem Vereinigungsprozess. Dadurch wurden *beide* Prozesse, die marktwirtschaftliche Transformation und die deutsche Vereinigung, welche drei Monate später erfolgte, in ihren Eckpunkten fixiert und unumkehrbar gemacht. Zudem bildete die Währungsunion den zentralen Baustein der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWSU) als dem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm der Transformation und Integration der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Ihre gesellschaftliche Bedeutung reicht damit weit über die Umstellung der Währung hinaus. Mit der Währungsunion erfolgte die entscheidende Weichenstellung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau in Ostdeutschland.<sup>1</sup> Zudem besaß die D-Mark eine große symbolische Bedeutung für die Wiedervereinigung, was ihr bis heute einen gewissen Nimbus verleiht. Historisch war die Währungsunion ein einmaliger Vorgang, ohne

Beispiel in der bisherigen Geschichte<sup>2</sup> und ohne Parallele im postsozialistischen Transformationsprozess Mittel- und Osteuropas.

Dies betrifft den Vorgang selbst, also die Umstellung des Währungs-, Kredit-, Geld- und Münzwesens gemäß den Festlegungen des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 als auch die Vorbedingungen dafür und die wirtschaftlichen Folgen. Im Rückblick wird deutlich, dass die Währungsunion ein *monetärer* Vorgang von enormer *wirtschaftlicher* Tragweite war, der auf einer *politischen* Entscheidung, welche in bestimmtem Maße gegen die wirtschaftliche Vernunft getroffen worden war, beruhte. Ihre Ziele waren die Forcierung der staatlichen Vereinigung Deutschlands, die Irreversibilität dieses Prozesses, die Übernahme des ostdeutschen Marktes durch westdeutsche Anbieter und die Inkorporation ostdeutscher Unternehmen in das bundesdeutsche Wirtschaftsgefüge.

Die Währungsunion, ihr Zustandekommen wie ihre konkrete Ausgestaltung, war Indiz dafür, dass im Prozess der deutschen Vereinigung die institutionelle Integration und die ordnungspolitische Gleichschaltung des Beitrittsgebiets gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder Vorrang hatten. Der Kollaps der ostdeutschen Produktion infolge der Einführung der D-Mark, der Zusammenbruch des Binnenmarktes und der Exportmärkte im ehemaligen RGW-Raum und deren Übernahme durch westdeutsche Firmen, all das wurde von der Politik sehr wohl vorhergesehen und billigend in Kauf genommen. Ebenso die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, die Verödung und Entvölkerung ganzer Landstriche, die Massenarbeitslosigkeit und die Jahrzehnte währende Abhängigkeit von Transferzahlungen. Auf eine den wirtschaftlichen

<sup>1</sup> Vgl. Ulrich Busch: Die Währungsunion. In: Bahrmann, Hannes/Links, Christoph (Hg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz. Berlin 2005. S. 75–92. <sup>2</sup> Vergleicht man die deutsche Währungsunion mit den Münzunionen früherer Zeiten oder mit der Europäischen Währungsunion, so wird deutlich, dass es sich hierbei um eine Ausdehnung der Währungshoheit und Übertragung der Geldverfassung eines Staates auf einen anderen handelte, nicht aber um einen Währungszusammenschluss. Ähnliches gilt für den «Beitritt» (gem. Art. 23 GG a.F.) als Vereinigungsmodus.

Umbau und gesellschaftlichen Wandel aktiv gestaltende Struktur- und Industriepolitik wurde bewusst verzichtet. Allein der Markt sollte es richten. Die Politik beschränkte sich darauf, die schlimmsten sozialen Folgen finanziell aufzufangen. Dieser Weg war teuer und langwierig. Er versprach der westdeutschen Wirtschaft jedoch maximale Umsatzsteigerungen, stabile Marktanteile im Osten und schnelle Gewinne. Zudem sollte er die Voraussetzungen für private Investitionen und moderne Strukturen schaffen. Aber diese Rechnung ging nicht auf: Auch wenn der *Aufbau Ost* nicht ohne positive Ergebnisse verlief<sup>3</sup>, so verfehlte er doch sein strategisches Ziel, in den neuen Ländern einen selbst tragenden Aufschwung zu generieren und Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion Europas zu machen. Auch zwei Jahrzehnte nach der Währungsunion ist eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht in Sicht. Ostdeutschland ist ökonomisch unterentwickelt und in weiten Teilen ohne Chance und Perspektive, es hängt finanziell «am Tropf» des Westens und droht trotz hoher Zuwachsraten im verarbeitenden Gewerbe zum deutschen Mezzogiorno zu werden. Ein Befund, der erschrecken mag, aber kaum überrascht, denn retrospektiv wird deutlich, dass wichtige Weichenstellungen hierfür bereits mit der Währungsunion und den politischen Entscheidungen des Jahres 1990 erfolgt sind.<sup>4</sup>

## VOLLZUG DER WÄHRUNGSUNION

Die Modalitäten der Währungsunion wurden im *Staatsvertrag* vom 18.5.1990 einvernehmlich geregelt.<sup>5</sup> Danach bildeten die beiden deutschen Staaten vom 1. Juli an ein einheitliches Währungsgebiet mit der D-Mark als gemeinsamer Währung. Als Notenbank für den gesamten Währungsraum fungierte die Deutsche Bundesbank. Dieser oblag es auch, die organisatorischen und technischen Aufgaben der Währungsumstellung vorzunehmen. Da die Währungsumstellung ausschließlich giral abgewickelt wurde, mussten innerhalb kurzer Zeit 24,7 Millionen Konten umgestellt und den Inhabern Verfügungsmöglichkeiten über Bargeld eingeräumt werden. Dazu war es erforderlich, Bargeld im Wert von 28 Mrd. DM in die neuen Bundesländer zu transportieren und dort bereitzustellen. Für die Durchführung des unbaren Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs mussten darüber hinaus aufwendige technische Anpassungen im Bankensystem vorgenommen werden.<sup>6</sup> Die Währungsumstellung erfolgte differenziert nach Strom- und Bestandsgrößen. Während alle laufenden Transaktionen, also Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen, im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden, erfolgte die Umstellung der Vermögens- und Schuldverhältnisse grundsätzlich im Verhältnis 2:1. Davon ausgenommen waren lediglich Bankeinlagen natürlicher Personen von bis zu 2.000, 4.000 bzw. 6.000 Mark, welche, nach Altersgruppen gestaffelt, 1:1 umgestellt wurden sowie Guthaben von Ausländern, für welche ein Umtauschsatz von 3:1 galt.<sup>7</sup>

Dies bedeutete, dass die Verbindlichkeiten des Staates, der Betriebe, der Wohnungsbaugesellschaften usw., aber auch private Kredite, durch die Währungsumstellung nominell halbiert wurden. Ebenso Forderungen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Guthaben der Bevölkerung dagegen wurden im Mittel zu einem Satz von 1,5:1 umgestellt. Die sich durch die asymmetrische Bilanzumstellung ergebende Lücke auf der Aktivseite wurde mittels eines bilan-

ziellen Ausgleichspostens in Höhe von 26,4 Mrd. DM zu Lasten des Bundes, welcher später in den Erblastentilgungsfonds einging, geschlossen. Insgesamt erfolgte durch die Währungsumstellung eine Verkürzung der Geld- und Kreditbilanz der DDR von 446,6 Mrd. Mark auf 246,0 Mrd. DM.<sup>8</sup> Die Guthaben der privaten Haushalte reduzierten sich von 193,4 Mrd. Mark auf 129,1 Mrd. DM. Zum Ausgleich für den der Bevölkerung hierdurch entstandenen Umtauschverlust in Höhe von 64,3 Mrd. Mark sollte den Sparern laut Staatsvertrag «ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen» eingeräumt werden.<sup>9</sup> Eine Klausel, die sich auch im Einigungsvertrag vom 31.8.1990 findet<sup>10</sup>, die aber unter Verweis auf die Bilanz der *Treuhandanstalt*, welche ihr aktives Geschäft 1994 bekanntlich mit einem Defizit beendete, letztlich *nicht* umgesetzt worden ist.

Die Festlegung der Umstellungssätze basierte auf politischen Erwägungen. Dabei hatte sich die DDR bei den Löhnen, Renten und anderen Stromgrößen mit ihrer Forderung nach einem Kurs von 1:1 durchgesetzt. Bei der Umstellung der Bestandsgrößen folgte die Regelung weitestgehend den Vorstellungen der Bundesbank, welche auf einem Satz von 2:1 bestanden hatte. Bei der Begründung ihrer Position hatte die Bundesbank die Stabilität der D-Mark im Auge, weshalb sie eine sich strikt am Wirtschaftspotenzial der DDR orientierende Begrenzung der Geldmenge anstrebte. Dabei saß sie jedoch einem Irrtum auf, indem sie alles Geld auf den Spargirokonten der DDR als Liquidität ansah und es folglich dem Geldmengenaggregat M1 zurechnete. Dadurch erhöhte sich der Anteil von M1 an der Geldmenge M3 auf fast 60 Prozent, was eine Umtauschbegrenzung zweckmäßig erscheinen ließ. De facto handelte es sich bei den Spargiroeinlagen aber überwiegend um *langfristig* angelegtes Geld im Sinne von M3 bzw. sogar um Geldkapital, welches überhaupt nicht als Liquidität zählt<sup>11</sup>. Die Berücksichtigung dieser eigentlich plausiblen Tatsache<sup>12</sup> hätte es erlaubt, sämtliche Spareinlagen 1:1 umzustellen ohne dass dies zu einem größeren Inflationsrisiko geführt hätte. Die nachfolgende Entwicklung, die durch eine hohe Spartätigkeit und durch die massenhafte Umschichtung liquider Geldbestände in Geldkapital (Sparbriefe, Bundeswertpapiere usw.) gekennzeichnet war, bestätigt diese Sicht. Ähnlich urteilten auch viele Experten.<sup>13</sup> Im Übrigen hätte die Möglichkeit einer zeitweiligen Festlegung bestimmter Geldbestände als Termin- oder Spareinlagen mit längeren

<sup>3</sup> Vgl. Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit. München 2009. <sup>4</sup> Vgl. Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Hamburg 2009. <sup>5</sup> Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18.5.1990. BGBl. II S. 537. <sup>6</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: Technische und organisatorische Aspekte der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik. In: Monatsberichte 42 (1990) 10. S. 25-32. <sup>7</sup> Deutsche Bundesbank: Modalitäten der Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli 1990. In: Monatsberichte 42 (1990) 6. S. 42ff. <sup>8</sup> Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion mit der DDR. In: Monatsberichte 42 (1990) 7. S. 26. <sup>9</sup> Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Art. 10.6. <sup>10</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990. BGBl. II S. 889. Art. 25.6. <sup>11</sup> In der Abgrenzung der Bundesbank umfasste M1 Bargeld und Sichteinlagen, M2 zudem Termineinlagen mit einer Befristung bis unter vier Jahren und M3 zusätzlich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Geldkapital in Form von Anleihen, Obligationen, Sparbriefen usw. zählt dagegen nicht zur Geldmenge. <sup>12</sup> In der Bundesrepublik betrug der Anteil von M1 an M3 rund 36 Prozent (Manfred E. Streit: Die deutsche Währungsunion. In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. München 1998. S. 695). Es sprach viel dafür, für die DDR eine ähnliche Relation anzunehmen, mit der Besonderheit, dass es hier neben Spargirokonten und Versicherungsguthaben keine weiteren Formen der Geldanlage gab. <sup>13</sup> Vgl. zum Beispiel das Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, worin gefordert wird, dass «die Sparguthaben grundsätzlich im Verhältnis 1:1 umgestellt werden». Jeder andere Umstellungssatz «käme einer Enteignung mit einer erheblichen Vermögensseinbuße für die Bevölkerung gleich» und wäre deshalb «völlig unakzeptabel» (IW: Sozialvertragliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion. Gutachten. In: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Institut der deutschen Wirtschaft Köln 1990. S. 21f.).

Kündigungsfristen bestanden. Dazu aber war die Deutsche Bundesbank nicht bereit.

Durch die Währungsunion mit der DDR hatte sich der DM-Geldumlauf um 180 Mrd. DM erhöht, was 14,7 Prozent der westdeutschen Geldmenge ausmachte. Zwölf Monate später waren dies noch 11,5 Prozent, was in etwa dem ostdeutschen Produktionspotential von 1990 entsprach.<sup>14</sup> In den folgenden Monaten konnte die Geldmenge vollständig auf einen inflationsneutralen Umfang zurückgeführt werden. Ihre Zunahme infolge der Währungsunion erwies sich damit als ein temporäres und finanztechnisch durchaus beherrschbares Phänomen. Die Bundesbank stellte hierzu später selbst fest, dass sich durch die Währungsunion zu *keinem* Zeitpunkt «ernsthafte Probleme» für die Sicherung der Geldwertstabilität ergeben hätten.<sup>15</sup> Der Umtauschverlust der ostdeutschen Bevölkerung hingegen ist eine bleibende Tatsache. Ebenso das daraus resultierende Missverhältnis bei den privaten Vermögen. Ein Faktum, das die deutsche Einheit belastet und das mitverantwortlich dafür ist, dass es den ostdeutschen Gründern, Selbständigen und Kleinunternehmern bis heute chronisch an Eigenkapital mangelt.

Die wichtigste Frage, die im Vorfeld der Währungsunion zu beantworten war und die auch für die nachträgliche Bewertung der Ergebnisse von erheblicher Bedeutung ist, ist die Frage nach dem «Wert» der DDR-Mark im Verhältnis zur D-Mark. Ihre Beantwortung wird durch eine Reihe von Umständen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht: *Erstens* durch die Tatsache, dass es zwischen den beiden Währungen keinen Wechselkurs gab. *Zweitens* durch das Paradoxon, wonach die Binnenkaufkraft der DDR-Mark etwas über, ihr «Außenwert» aber deutlich *unter* dem der D-Mark lag. Und *drittens* durch den qualitativen Unterschied zwischen beiden Währungen, der einen Vergleich problematisch macht. Infolge dieser Konstellation kam es hier zwangsläufig zu Irritationen und Fehleinschätzungen, die letztlich auch in den Modalitäten der Währungsunion ihren Niederschlag fanden. Umgesetzt wurde schließlich ein *politischer* Kompromiss, bei dem letztlich *fast alle* verloren – bis auf die westdeutsche Wirtschaft, insbesondere die Investitions- und die Konsumgüterindustrie, Handelsketten, Banken und Versicherungen, welche dadurch einen konjunkturellen Impuls erhielten, der zu höherem Wachstum und zu einer höheren Auslastung des Produktionspotenzials führte. Hauptverlierer dagegen waren die ostdeutschen Unternehmen<sup>16</sup>, und im Gefolge dessen die ostdeutschen Lohnabhängigen, welche ihre Arbeitsplätze verloren. Zum Teil auch die ostdeutschen Sparer, da ihre Entschädigung ausblieb.<sup>17</sup>

## WIRKUNGEN UND FOLGEN

Die Währungsunion war ein politisch und ökonomisch motivierter monetärer Akt, dessen Realisierung durch einen multiplen und äußerst komplexen Wirkungszusammenhang gekennzeichnet war. Erklärtes Ziel war es, durch die Einführung der D-Mark den marktwirtschaftlichen Umbau in der DDR voranzutreiben und durch die Übertragung der bundesdeutschen Geldverfassung auf die DDR den Vereinigungsprozess einzuleiten. Dies war jedoch nicht das alleinige Ziel. Vordergründig ging es auch darum, über die Ausdehnung des Währungsgebietes der D-Mark den Markt der DDR für westdeutsche Unternehmen zu öffnen und durch das Umsatzplus dem drohenden Konjunkturabschwung 1990/91

im Westen entgegen zu wirken. Darüber hinaus verfolgte die Bundesregierung das Ziel, mit Hilfe der Währungsunion die Abwanderung aus dem Osten zu stoppen und so den Ängsten vieler Bundesbürger vor einer unkontrollierten Zuwanderung von DDR-Bürgern begegnen zu können. Nicht zuletzt spielten wahltaktische Überlegungen eine Rolle: Die Bundesregierung wollte mit dem «Geschenk der D-Mark» bei der ostdeutschen Bevölkerung punkten, um anschließend wieder gewählt zu werden.

Für die Wahl des Zeitpunktes und die konkreten Modalitäten der Währungsumstellung waren die zuletzt genannten Gründe ausschlaggebend. Auch der Erfolg der ganzen Aktion lässt sich am besten hieran messen: Dank der Umsätze im Osten blieb der westdeutschen Wirtschaft vorerst eine Rezession erspart. Stattdessen erlebte sie einen «Boom» wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Zahl der Übersiedler ging vorübergehend leicht zurück und die CDU/FDP-Koalition ging aus den Wahlen im Dezember 1990 als Sieger hervor.

Die Bewertung der Realisierung des eigentlichen Ziels der Währungsunion, des Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft und ihrer Integration in das bundesdeutsche Wirtschaftsgefüge, fällt dagegen weniger günstig aus. Durch den Verzicht der DDR auf die Währungshoheit und die bedingungslose Preisgabe ihres Binnenmarktes wurde ihre Wirtschaft einer beispiellosen Schocktherapie unterzogen, in deren Verlauf der größte Teil der Unternehmen auf der Strecke blieb. Die Integration der ostdeutschen Unternehmen in die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung und -struktur vollzog sich als schmerzhafter selektiver Ein- und Anpassungsprozess. Diesen zu organisieren und durchzuführen oblag der *Treuhandanstalt*, welche ihre Aufgaben mehr und mehr im Interesse des westdeutschen Kapitals wahrnahm. Sie vollendete damit, was zuvor bereits mit der Währungsunion begonnen worden war. Dafür waren vor allem zwei Aspekte maßgebend: zum einen der frühe Zeitpunkt der Währungsumstellung und das Fehlen jeglicher Übergangsfristen, was den Unternehmen keine Chance ließ, sich auf die neuen Marktbedingungen einzustellen. Und zweitens die Umstellungsmodalitäten selbst. Diese sahen bekanntlich vor, dass alle Forderungen und Verbindlichkeiten grundsätzlich im Verhältnis von 2:1 umgestellt wurden. Für die Unternehmen bedeutete dies, da die Forderungen der Staatsbank an die volkseigene Wirtschaft nicht konsolidiert worden waren, dass ihre Kreditbelastung von 270 Mrd. Mark<sup>18</sup> zum 1. Juli 1990 lediglich halbiert wurde. Sie traten also, obwohl die *Treuhand* für sie den Schuldendienst leistete, belastet mit einer schweren Hypothek in den Wettbewerb mit westdeutschen

<sup>14</sup> Die Rechnung fällt allerdings etwas anders aus, wenn man das durch den Crash 1990/91 um mehr als ein Drittel reduzierte Produktionspotential Ostdeutschlands als Referenzgröße zugrunde legt. Danach hätte die Geldmengenerweiterung nur noch etwa 7 Prozent betragen dürfen, um inflationsneutral zu sein. (Vgl. Hans Jörg Thieme: Währungsunion in Deutschland. Konsequenzen für die Geldpolitik. In: Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung. Stuttgart/Jena 1994. S. 149). <sup>15</sup> Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. München 1999. S. 701. <sup>16</sup> Rüdiger Pohl, damals Mitglied des Sachverständigenrates, hat diese Wirkung vorhergesehen: «Mit dem Tag X wird nicht nur die D-Mark in der DDR in Umlauf gebracht. Währungsunion heißt vor allem, dass sämtliche Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel wegfallen. Die DDR-Unternehmen werden schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hochproduktive westliche Unternehmen, die schon viele Märkte erobert haben, drängen dann auf den DDR-Markt. Unter dem Druck des Wettbewerbs werden nicht wenige DDR-Unternehmen ihre Pforten schließen.» (Berliner Zeitung, 20.4.1990). <sup>17</sup> Diesbezügliche Anfragen beantwortete die Bundesregierung abschlägig mit dem Verweis, dass «eine Staatsbilanz Vermögen der DDR per 2./3. Oktober 1990 [...] nicht aufgestellt worden» sei und es auch «nicht zweckmäßig» sei, «eine solche Bilanz nachträglich aufzustellen». Folglich liege keine «belastbare Schätzung des volkseigenen Vermögens der DDR» vor (Deutscher Bundestag: Drucksache 13/2629 und 14/2622). <sup>18</sup> H. Jörg Thieme: Notenbank und Währung in der DDR. In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. München 1998. S. 627.

und ausländischen Unternehmen ein. Und das, obwohl allen Beteiligten klar war und durch Fachgutachten hinreichend belegt<sup>19</sup>, dass es sich bei den Altkrediten aus der DDR mitnichten um Kredite im marktwirtschaftlichen Sinne gehandelt hat, sondern um den Betrieben zugeteilte Verbindlichkeiten des Staates. Als solche hätten sie vom Bund übernommen werden müssen und nicht den Betrieben zugerechnet werden. Dies hätte sich dann allerdings sofort in der Staatsverschuldung niedergeschlagen, was man zu vermeiden versuchte. Den Schaden hatten die ostdeutschen Unternehmen; einen Vorteil hieraus zogen neben dem Bund vor allem die Banken, indem sie staatlich garantierte Forderungen zu einem Spottpreis übernahmen und dafür ohne Risiko hohe Zinsen kassierten.

Eine weitere Schwierigkeit erwuchs den Unternehmen aus der 1:1-Umstellung der Löhne und Gehälter. Der gewählte Umstellungssatz war kaufkraftparitätisch gerechtfertigt, nicht aber unter dem Aspekt der Produktivität. Die Lösung dieses Dilemmas hätte in einer temporären staatlichen Lohnsubventionierung bestanden; die war politisch aber nicht gewollt. So entstand mit der Währungsunion eine Situation, worin die Lohndifferenz ostdeutscher Unternehmen gegenüber westdeutschen geringer war als die Differenz bei der Arbeitsproduktivität. Evident wurde dies in den um bis zu 50 Prozent höheren Lohnstückkosten ostdeutscher Unternehmen – einem Wettbewerbsnachteil, der erst in den letzten Jahren verschwunden ist, aber anderthalb Jahrzehnte lang den wirtschaftlichen Aufbau- und Aufholprozess in Ostdeutschland erheblich belastete.

Neben den genannten wirtschaftlichen Haupteffekten verzeichnete die Währungsunion weitere monetäre und realwirtschaftliche Wirkungen:

Dazu gehört, dass die ostdeutsche Bevölkerung qualitativ hochgradig und quantitativ hinreichend mit Liquidität ausgestattet wurde, um den Güterabsatz aus westdeutscher Produktion sicher zu stellen und den Menschen einen im Durchschnitt gegenüber den DDR-Verhältnissen gestiegenen Konsum- und Lebensstandard zu ermöglichen. Der insbesondere durch den Subventionsabbau zu verzeichnende Preisniveauanstieg hielt sich in Grenzen.<sup>20</sup> Eine inflationäre Totalentwertung der Geldvermögen wie in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern gab es nicht.

Schließlich sollte durch die Währungsunion der Geldüberhang in der DDR beseitigt werden, um die Stabilität der D-Mark nicht zu gefährden und für Unternehmen wie Haushalte eine strenge Budgetrestriktion herbeizuführen.<sup>21</sup>

Diese Ziele wurden durch die asymmetrische Umstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten im Prinzip erreicht. Das Ergebnis war jedoch alles andere als optimal: Die Bevölkerung verlor bei dieser Transaktion rund ein Drittel ihres Geldvermögens (64,3 Mrd. Mark) und die Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften wurden mit Schulden von 167,1 Mrd. DM belastet. Gleichzeitig bewirkten die Umstellung der Löhne und Gehälter im Verhältnis 1:1 und die rasche Anhebung des Tariflohnlevels für die Unternehmen einen Kostendruck, auf welchen sie mit Entlassungen und Produktionseinschränkungen reagierten. Beides wirkte sich volkswirtschaftlich katastrophal für Ostdeutschland aus.

Das Ziel der Beseitigung eines Geldüberhangs beruhte auf einer Fiktion. Offiziellen Berechnungen zufolge betrug der Geldüberhang in der DDR etwa 15 Prozent der Geldbestände<sup>22</sup>. Inoffizielle Schätzungen<sup>23</sup>, die auch von westdeut-

schen Experten geteilt wurden, bestätigten diese Größenordnung.<sup>24</sup> Allein durch die nichtparitätische Umstellung der Sparkonten wurden aber 33 Prozent der privaten Geldbestände liquidiert. Insgesamt belief sich die Kürzung der Geld- und Kreditbilanz auf 45 Prozent des Geldvolumens. Entweder hatte die Überzeichnung des inflationären Potenzials der DDR die Hüter der Geldwertstabilität in Frankfurt am Main zu einer Überreaktion veranlasst oder aber, sie rechneten überhaupt nicht mit einem Aufschwung im Osten, sondern mit einem wirtschaftlichen Fiasko und schneiderten deshalb den «Geldmantel» von vornherein enger und damit passgerecht für eine deutlich geschrumpfte Wirtschaft. Im Nachhinein spricht einiges für diese Lesart.

Die *langfristigen* ökonomischen Wirkungen der Währungsunion sind zwiespältig: Für die ostdeutsche Bevölkerung müssen sie differenziert beurteilt werden, ebenso für die westdeutschen Steuer- und Beitragszahler. Gewinner und Verlierer gibt es auf beiden Seiten. Für die ostdeutsche Wirtschaft hatte die Währungsunion verheerende Auswirkungen, für die westdeutsche dagegen war sie segensreich. Für die Staatsfinanzen erwies sie sich wegen der andauernden Transferbelastungen als problematisch. Für die Entwicklung Deutschlands als Wirtschaftsmacht war sie eher von Vorteil, da die (west-)deutsche Wirtschaft 1990 auf einen höheren Wachstumspfad einschwenken und dadurch ihre Vormachtstellung in Europa ausbauen konnte.

Die ostdeutsche Wirtschaftsleistung aber ging, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, innerhalb weniger Monate um mehr als ein Drittel zurück, die Industrieproduktion sank sogar um zwei Drittel. Noch nie ist in Friedenszeiten ein solches Ausmaß an wirtschaftlicher Zerstörung registriert worden. Die Auswirkungen sind bis in die Gegenwart zu spüren und werden noch lange auf der wirtschaftlichen und sozialen Landkarte zu sehen sein. Selbst die Bundesbank räumte ein, dass «im Verlauf der Währungsunion [...] kostspielige, von den politischen Entscheidungsträgern zu vertretende Fehlentscheidungen zu konstatieren» seien.<sup>25</sup> Die Folgen lassen sich jedoch kaum mehr isoliert bewerten. Nur im Kontext mit der von übertriebenen Angleichungsbestrebungen getragenen Lohnpolitik, der Tabula-rasa-Politik der *Treuhandanstalt* und der Sozialpolitik des Staates wird der Charakter der Währungsunion als Auftakt für eine falsche wirtschaftliche Weichenstellung erkennbar.

Ein Großteil der Bevölkerung sieht dies freilich weniger kritisch. Offensichtlich wirkt hier immer noch der D-Mark-Mythos nach. Auch war für viele die paritätische Umstellung

<sup>19</sup> Vgl. die einschlägigen Arbeiten von Karl-Albrecht Schachtschneider, Harry Nick, Rupert Scholz, Klaus Leciejewski, Reinhard Pohl u. a. hierzu sowie die Recherche von Ilona Wiese-Jahn: Der doppelte Skandal: Das Milliardengeschäft mit erfundenen DDR-Schulden und inkassierten Banken. Berlin 2001. <sup>20</sup> Zwischen 1990 und 1998 erhöhte sich das Verbraucherpreisniveau in Ostdeutschland um rund 60 Prozent (Ulrich Busch: Preise und Einkommen in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial 16 (2005) 5. S. 87. <sup>21</sup> Trotz fehlender empirischer Belege gingen Forscher, Banker und Politiker in der Bundesrepublik davon aus, dass in der DDR ein «immenser Geldüberhang» existiere, der, würde er nicht beseitigt, «große Inflationsgefahren» in sich birge (Dirk Wentzel: Die Transformation der Währungsordnung in der DDR. In: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Hrsg. von Karl Eckart, Jens Hacker und Siegfried Mampel. Berlin 1998. S. 530). <sup>22</sup> Zit. bei: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. München 1999. S. 679. <sup>23</sup> Vgl. Karlheinz Tannert u. a.: Geld, Kredit, Finanzen aus neuer Sicht. Berlin 1990. Dort wird von einem Geldüberhang von 30 bis 60 Mrd. Mark gesprochen (S. 11). <sup>24</sup> Das Institut der deutschen Wirtschaft stellte fest, dass das «vergleichsweise harmlose Bild» eines Geldüberhangs von «15 bis 20 Prozent der gesamten Geldbestände [...] von westlichen Experten nicht in Zweifel gezogen» werde und «keinen Währungsschnitt» rechtfertige (IW: Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion – Gutachten. Köln 1990. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 179. S. 19). <sup>25</sup> Manfred E. Streit: Die Deutsche Währungsunion. In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. München 1998. S. 714.

der Löhne, Renten usw. von größerer Bedeutung als die Abwertung der Ersparnisse. Viele Menschen werten die enorme Verbesserung des Konsumangebots und die Konsumfreiheit als klaren Gewinn der Währungsunion. Dieser Eindruck wurde dadurch noch verstärkt, dass die D-Mark anfangs in den neuen Bundesländern eine höhere Kaufkraft besaß als in den alten Ländern, da Mieten, Pachten, Tarife und Gebühren erst nach und nach angepasst wurden. Der Kaufkraftvorteil «Ost» schmolz dann aber rasch dahin und die Einkommenserhöhungen wurden zu einem Gutteil durch Preiserhöhungen wieder wettgemacht. 1995 stellte Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer fest, dass die *realen* Einkommen im Ergebnis der Währungsunion «in den meisten Fällen erhalten oder sogar angehoben werden konnten»<sup>26</sup>. Dies schließt für einige Personengruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose) durchaus Realeinkommensverluste ein und relativiert so die insgesamt positive Bilanz.

Ungünstiger als auf die Einkommen wirkte sich die Währungsunion auf die Vermögen der privaten Haushalte aus.<sup>27</sup> Dies betraf zunächst die *Geldvermögen*, wo es durch die Währungsumstellung zu einem Umtauschverlust und durch den nachfolgenden Anstieg des Preisniveaus darüber hinaus zu einem Abwertungsverlust gekommen ist. Betroffen hiervon waren vor allem Angehörige des Mittelstandes, also Handwerker, Geschäftsinhaber, Ärzte, Architekten, Künstler, Rechtsanwälte und sonstige Selbständige.

Neben den Geldvermögen waren aber auch *Sachvermögen* in Form von Gebrauchsgütern einer spürbaren Entwertung unterworfen. Diese betraf zuerst Güter, die den westlichen Importen *absolut*, im technischen Niveau und in der Leistung, unterlegen waren wie Computer, Unterhaltungselektronik und Pkws. Der zweite Devaluationsschub erfasste Güter, die sich von vergleichbaren westlichen Produkten kaum unterschieden, dort aber erheblich günstiger produziert oder importiert wurden: Möbel, Schuhe, Textilien, Teppiche, Haushaltstechnik. Schließlich wurden auch solche Güter der Entwertung unterworfen, die als Gebrauchswerte westlichen Erzeugnissen durchaus ebenbürtig waren, denen aber das Stigma «*made in GDR*» anhaftete. Also Bücher, Tonträger, Spielwaren, Medikamente.

Die einzige Vermögensart, die von der Entwertung verschont blieb, war das *Immobilienvermögen*. Hier vollzog sich im Regelfall sogar eine beträchtliche Aufwertung, so dass die Eigentümer von Immobilien ihre Position erheblich verbessert sahen. Sie sind eindeutig Gewinner der Währungsunion.

Viel massiver als die privaten Vermögen wurde durch die Währungsunion das Volksvermögen der DDR, insbesondere das Produktivvermögen, in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Prozess begann sofort mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 und war eine direkte Folge der ungeschützten Konfrontation der zu einem großen Teil veralteten und wenig wettbewerbsfähigen Betriebe mit der weit besser aufgestellten Konkurrenz auf den nunmehr offenen Märkten. Dabei zeigte sich die ökonomische Logik der Währungsumstellung mit aller Konsequenz: Denn, so plausibel und begründet wie es unter Kaufkraftgesichtspunkten war, die Stromgrößen im Verhältnis 1:1 umzustellen, so verhängnisvoll erwies sich dies für die Unternehmen, da diese dadurch ein kaum zu bewältigendes Kostenproblem bekamen. Die Währungsumstellung und der Wegfall der Subventionierung durch den Staat kam für sie eine sprunghafte Währungsaufwertung gleich.<sup>28</sup> Es liegt auf

der Hand, dass die meisten Betriebe einer derart drastischen Veränderung der Rahmenbedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz ohne vorübergehende Hilfe nicht gewachsen waren. Der Zusammenbruch des RGW-Marktes 1991 und das Zerreißen der Netze langjähriger Kooperations- und Lieferbeziehungen haben den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft zweifelsohne beschleunigt. Vor allem aber waren es der mit dem 1. Juli 1990 einsetzende ungleiche Wettbewerb auf dem *Binnenmarkt* und der plötzliche Rückgang der Nachfrage nach Erzeugnissen ostdeutscher Produktion, die den Crash herbeigeführt haben. Rückläufige Umsätze und fehlende Gewinne im Kontext mit steigenden Lohnkosten und wegbrechenden Absatzmärkten – dies führte für die meisten Betriebe schon bald nach dem Start in die Marktwirtschaft zum Ruin und damit zur Entwertung ihres Anlagekapitals. Parallel dazu vollzog sich eine Entwertung der fachlichen Qualifikation der Beschäftigten. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze wurde obsolet und damit die mit diesen Tätigkeiten verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Berufsinhalte usw. In kürzester Zeit wurden so die in der DDR an der beruflichen Entwicklung ausgerichteten Biographien von Generationen entwertet und dadurch ein beachtlicher Teil des Humankapitals faktisch liquidiert. Der Neuaufbau kostet viel Zeit und sehr viel Geld und ist bis heute nicht abgeschlossen.

## RESÜMEE

Als Kern der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und Vorausprozess des Jahrhundertprojekts der deutschen Vereinigung bildete die Währungsunion das Fanal der marktwirtschaftlichen Transformation und der Überwindung der Teilung Deutschlands. Sie war das eigentliche «Wagnis» in dem gesamten Prozess<sup>29</sup>, ein politischer Coup und zugleich ein wirtschaftlicher Akt. Mit ihr wurden Fakten geschaffen und Weichen für die Zukunft gestellt. Als «point of no return» für die marktwirtschaftliche Transformation und die deutsche Einheit war die Währungsunion deren ökonomisch bestimmendes Ereignis. Alles, was danach kam, knüpfte hieran an. Dies galt für die Privatisierungspolitik der *Treuhandanstalt* ebenso wie für den *Aufbau Ost*, für die Lohnpolitik wie für die West-Ost-Transfers und die von Ost und West gemeinsam zu tragenden Kosten der Einhei.

Dr. sc. oec. Ulrich Busch – Jg. 1951, Bankkaufmann, Studium der Finanzwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zur Zeit Redakteur der Zeitschrift «Berliner Debatte Initial» und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung am ZTG der Technischen Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu ökonomischen Problemen Ostdeutschlands. Arbeitsgebiete: Geld- und Finanztheorie und -politik, Transformation in Mittel- und Osteuropa, Deutsche Einheit und Ostdeutschland.

<sup>26</sup> Hans Tietmeyer: Es gab zur Währungsunion keine realistische Alternative. In: Pressemitteilungen der Deutschen Bundesbank Nr. 48/1995. S. 1. <sup>27</sup> Vgl. Ulrich Busch: Die Währungsunion am 1. Juli 1990: wirtschaftspolitische Fehlleistung mit Folgen. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 9 (2010) 2, S. 5-23. <sup>28</sup> Wie hoch diese zu veranschlagen ist, bleibt offen. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, wenn in diesem Kontext 300 oder 400 Prozent genannt werden, eine Größenordnung, die offensichtlich aus der Höhe des Umrechnungskoeffizienten von 4,4 abgeleitet wird. Dabei wird außer Acht gelassen, dass es sich bei dieser Größe ausschließlich um einen Devisenumrechnungsfaktors der DDR im Außenhandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet gehandelt hat und nicht um einen generellen Wechselkurs. Zudem dürfte die DDR-Mark in diesem Verhältnis unterbewertet gewesen sein, so dass der reale Aufwertungseffekt geringer ausfiel. <sup>29</sup> Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Geschichte der Deutschen Einheit. Bd. 2. Stuttgart 1998.

## STANDPUNKTE 2010

01/2010

INGEMAR LINDBERG:

Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstandes von Arbeiter/-innen und Gewerkschaften

02/2010

DIETHELM WEIDEMANN:

Der Konflikt in Afghanistan

03/2010

ARNE C. SEIFERT:

Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politisch-diplomatische Regelung in Afghanistan

04/2010

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT:

Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken

05/2010

PETER BIRKE:

Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA

06/2010

LOTHAR BISKY:

Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität

07/2010

PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE:

Zurück in die Zukunft. Eine Eröffnungsbilanz schwarzer Forschung- und Innovationspolitik

08/2010

BERND HAHNFELD:

Die NATO und die Atomwaffen

09/2010

ALEXANDER S. NEU:

Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

10/2010

WOLFGANG WIPPERMANN:

Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende

11/2010

ARNE C. SEIFERT:

Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum

12/2010

Anforderungen an deutsche Friedenspolitik

Thesen zum Gesellschaftspolitischen Forum

der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wiesbaden, 11. und 12. Juni 2010

13/2010

PAUL SCHÄFER UND JERRY SOMMER:

Plädoyer für eine andere Iran-Politik

14/2010

MARIO CANDEIAS:

Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie»

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)